



Dr. h. c. Susanne Kastner
Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende des Verteidigungsausschusses

Pressemitteilung
Internationaler Tag der Kinderrechte
Kürzungen der Bundesregierung belasten Kinder und Jugendliche

Berlin, 19.11.2010

Dr. h. c. Susanne Kastner, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-77332
Fax: +49 30 227-76267
susanne.kastner@bundestag.de
www.susanne-kastner.de

Bad Neustadt/ Bad Kissingen/ Haßfurt. Anlässlich des Internationalen Tags der Kinderrechte am 20. November 2010 prangert die SPD-Bundestagsabgeordnete Susanne Kastner die drastischen Sparmaßnahmen der Bundesregierung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe an.

„Kinder haben bei der aktuellen Bundesregierung keine starke Lobby“ ärgert sich die SPD-Bundestagsabgeordnete Susanne Kastner. „Denn das Sparpaket der schwarz-gelben Regierungskoalition führt zu harten Einschnitten für Kinder und Jugendliche.“

Kommende Woche wird im Deutschen Bundestag der Bundeshaushalt für das Jahr 2011 verabschiedet. Die darin geplanten Kürzungen werden insbesondere Familien, Kinder und soziale schwache Menschen auch in den Landkreisen Bad Kissingen, Rhön-Grabfeld und den Haßbergen zusätzlich belasten.

Im neuen Bundeshaushalt kürzt die Regierung unter anderem bei der Jugendpolitik, der Arbeitsmarktförderung, dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“, bei Wohngeld, Elterngeld sowie bei den Jugendfreiwilligendiensten. Diese Negativliste ließe sich lange fortführen.

„Besonders schlimm finde ich die Streichungen im Bereich des Wohn- und Elterngeldes,“ sagte Kastner. Die Abschaffung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger wird in erster Linie einkommensschwache Familien treffen. Und auch die geplanten Einschnitte beim Elterngeld führen zu Eltern und Kindern „erster und zweiter Klasse“. Während das Elterngeld für Bezieher von Arbeitslosengeld II komplett gestrichen wird, müssen sich Eltern mit mittlerem Einkommen ab 1. Januar auf Kürzungen einstellen.

Diese Beispiele verdeutlichen die unsoziale Haushaltspolitik von CDU/CSU und FDP. „Eine christliche und soziale Politik sieht in meinen Augen anders aus“, kritisiert Kastner und appelliert daher auch an ihre CSU-Bundestagskollegin Dorothee Bär in ihrer



Eigenschaft als familienpolitische Sprecherin, diese unsozialen Sparvorgaben zu revidieren.

Neben den Familien müssten auch die Kommunen den Gürtel nochmals enger schnallen. Denn im kommenden Jahr will die Bundesregierung beispielsweise die Städtebauförderung um 150 Millionen auf 455 Millionen Euro kürzen. Diese Kürzung gehe überwiegend zu Lasten des Programms „Soziale Stadt“, das um 70 % zusammengestrichen wird. Dadurch werden vor allem finanzschwache Städte und Kommunen unter Druck gesetzt und auch Projekte zur Förderung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen gefährdet.

Zahlreiche Bürgermeister aus dem gesamten Wahlkreis haben sich in den vergangenen Wochen mit der Bitte um Unterstützung an die Bundestagsabgeordneten gewandt und eine Fortsetzung der Städtebauförderung gefordert. All diese Schreiben habe Susanne Kastner an Bundesverkehrsminister Ramsauer weitergeleitet mit dem eindringlichen Appell, dieses nachhaltige Programm weiterlaufen zu lassen. „Als bayerischer Abgeordneter müsste er wissen, wie wichtig die Städtebauförderung gerade für ländliche Gebiete in Bayern sind“, so Kastner.